

**Haushaltsplan**

für die

**Haushaltsjahre 2022 und 2023**

**Einzelplan 11**

**Justizministerium**

---

---

## **Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 11 16**

**Für das budgetierte Kapitel 11 16 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:**

1. 422 10, 427 10, 428 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10 und 698 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 427 10, 428 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 525 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10 und 698 10.
3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.
4. Mehreinnahmen bei 119 10 und Isteinnahmen bei 235 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 427 10, 428 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10, 698 10 und 812 10.
5. Mindereinnahmen bei 119 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 427 10, 428 10, 459 11, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 525 10, 526 10, 526 11, 527 10, 547 10 und 698 10.
6. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang von der Stellenübersicht und dem Bedarfsnachweis sowie vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
7. Unter der Voraussetzung, dass das Justizministerium - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabereste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden.

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1116 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig - budgetiert**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2023 2022 2021 1000 EUR	Ansatz 2023 1000 EUR	Ansatz 2022 1000 EUR	Ansatz 2021 1000 EUR	Ist 2020 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		*** Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Abs. 1 der Erläuterungen zu Kapitel 1116 verbindlich.					
		<b>E I N N A H M E N</b>					
112 10-8	051	Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen		62.136	62.136	60.773	69.694
119 10-2	051	Sonstige Verwaltungseinnahmen		120	120	120	181
235 10-2	051	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit und anderer Träger im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung		—	—	—	15
		<b>A U S G A B E N</b>					
412 10-1	051	Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen, Richter, Beisitzerinnen und Beisitzer	—	387	387	387	243
422 10-7	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	70.891	69.198	68.086	50.059
427 10-9	051	Beschäftigungsentgelte, Vergütungen, Honorare für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	230	225	224	224
428 10-5	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	—	—	—	—	13.569
459 10-8	051	Entschädigungen der Vollstreckungsbeamtinnen und Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen)	—	3.223	3.223	3.280	3.007
459 11-6	051	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	392	392	392	80
511 10-0	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	3.687	3.683	3.552	3.540
514 10-9	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	47	47	47	54
517 10-8	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	2.665	2.665	2.150	2.192
518 10-4	051	Mieten und Pachten	—	318	350	642	110
519 10-0	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	162	162	84	813
525 10-0	051	Aus- und Fortbildung der Bediensteten sowie Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung *** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO dürfen Einnahmen von den Ausgaben abgesetzt werden.	—	212	212	212	157
526 10-7	051	Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen	—	54	54	54	37
526 11-5	051	Ausgaben für Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	—	14	14	14	16
527 10-3	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen und Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen	—	172	172	172	63

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Zu Kapitel 1116**

MJ wird ermächtigt, Haushaltsmittel aus dem Bereichsbudget in das Kapitel 11 02 Titel 711 01 (Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) und das Kapitel 11 03 (Zentrale IT-Verwaltung – Justiz) umzusetzen.

Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)

Rechts- und Organisationsgrundlagen:

Grundgesetz (Auftrag) und Gerichtsverfassungsgesetz (Beschreibung von Art und Umfang der Tätigkeiten), Bundes- und Landesgesetz

Verwaltungsaufbau und Budgetplan:

Es sind vorhanden: 1 Oberlandesgericht in Braunschweig, 2 Landgerichte (Braunschweig und Göttingen), 16 Amtsgerichte.

Dem Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig ist das dem Amtsgericht Goslar angegliederte Zentrale Vollstreckungsgericht für das Land Niedersachsen zugeordnet.

Im Bereich der Justizverwaltung nimmt der Informationssicherheitsbeauftragte der niedersächsischen Justiz - dienstansässig beim Oberlandesgericht Braunschweig - landesweite Aufgaben wahr.

Zielsetzung:

Die Gerichte gewährleisten den grundgesetzlich verankerten Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Gewährung von individuellem Rechtsschutz. Durch die Tätigkeit der Gerichte wird für die Allgemeinheit Rechtssicherheit hergestellt in den Bereichen der Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten, in Strafverfahren und in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie bei der Durchsetzung des festgestellten Anspruchs im Wege der Zwangsvollstreckung.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO

Budgetierungsmodell:

Dem Budgetierungsmodell liegt eine dreistufige Produkthierarchie zugrunde (Produkt, Produktgruppe, Produktbereich). Der Produktbereich stellt dabei die Veranschlagungsebene dar.

Dabei handelt es sich um:

- Zivilsachen/ Familiensachen
- Strafsachen/ Ordnungswidrigkeitsverfahren (OWi-Verfahren)
- Verfahren in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Verfahren)
- Zwangsvollstreckung mit dem gesondert ausgewiesenen Produktbereich Zentrales Vollstreckungsgericht
- Verwaltung

Für den Finanzierungsbeitrag der Produktbereiche wird ein Durchschnittspreis je Stück ermittelt. Dabei liegen den Produkten, die den Produktbereichen zugeordnet sind, unterschiedliche Erhebungsgrößen zugrunde:

Zivilsachen/ Familiensachen:  
Eingänge

Strafsachen/ Ordnungswidrigkeitsverfahren:  
Eingänge, Anzahl der Verfahren, Bestände, Eingänge und sonstige richterliche Maßnahmen

Verfahren in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit:  
Eingänge, Bestände, Anzahl Urkunden

Zwangsvollstreckung:  
Eingänge, Anträge auf Eröffnung, Bestände, Arbeitskraftanteile

Zentrales Vollstreckungsgericht:  
Anzahl der Vermögensauskünfte

Der Produktbereich Verwaltung beinhaltet Aufgaben wie allgemeine Verwaltung, Personalverwaltung, Ausbildung, Fortbildung usw. Diesem Produktbereich ist auch ein Kostensammler zugeordnet; der Kostensammler weist die Kosten für die Bereitstellung gemeinsam genutzter Einrichtungen sowie Dienstleistungen für mehrere Dienststellen aus. Aufgrund der Vielfalt der Aufgaben im Produktbereich Verwaltung unterbleibt eine Erfassung der Erhebungsgrößen, da die hieraus gemeinsam zu bildende Leistungsmenge keine Aussagekraft besitzt.

Neben dem Bereichsbudget gibt es eine budgetfreie Zone, die neben den Nutzungsentgelten für Liegenschaften insbesondere auch die der verwaltungsmäßigen Steuerung nicht unterliegenden Auslagen in Rechtssachen und die damit korrespondierenden Einnahmen umfasst.

Leistungsergebnis 2020 und weitere Entwicklung:

Die Entwicklung im Verwaltungsbereich Oberlandesgericht Braunschweig ist im Jahr 2020 auch in Anbetracht der pandemiebedingten Herausforderungen weitgehend im Rahmen der Planungen verlaufen.

Die seit 2012 errichteten Verwaltungsteilbereiche/Unterbudgetbezirke auf der Ebene der vier Präsidialgerichte Oberlandesgericht Braunschweig, Landgericht Braunschweig, Landgericht Göttingen und Amtsgericht Braunschweig wurden fortgeführt. Das Oberlandesgericht als übergeordneter Verwaltungsbereich schließt mit diesen vier Gerichten Unterbudgetverträge ab. Die Verteilung der Sachhaushaltsmittel erfolgt dabei weiterhin auf der Ebene der Direktorenamtsgerichte unter Beteiligung des jeweiligen Landgerichts. Die Verwaltungsteilbereiche erhalten daneben ein eigenes Jahresbeschäftigungsvolumen (BV). Auf der Grundlage dieses BV gelten die Personalhaushaltsmittel als virtuell unterverteilt.

Der Budgetrat mit den vier Präsidenten der Verwaltungsteilbereiche und dem BfD/Budgetverantwortlichen des Verwaltungsbereichs arbeitet als instrumentalisiertes Beratungsgremium, in dem Angelegenheiten von grundsätzlicher finanzieller Bedeutung geklärt werden.

---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Noch zu Kapitel 1116**

Seit 2015 nehmen der Bezirksrichterrat und der Bezirkspersonalrat und seit 2017 zwei Vertreter/-innen der Direktorenamtsgerichte an den Sitzungen teil und werden somit von Beginn an in die Entscheidungsprozesse eingebunden.

Das umfasst auch Maßnahmenplanungen im Rahmen der Zielvereinbarungen. Hervorzuheben sind neben der inzwischen erfolgten Implementierung von Budgetträgen bei den nachgeordneten Präsidialgerichten die Einrichtung von zentralen Bürgerbüros, die Erweiterung der Sicherheit und der Barrierefreiheit sowie die Verbesserung der Fortbildungsangebote, auch im Rahmen der interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung.

Die stetig fortwährenden hohen Eingangszahlen in Zivilsachen bei dem Oberlandes- und Landgericht Braunschweig in Folge der VW-Abgasaffäre lassen weiterhin eine Belastungssituation erwarten, die die durchschnittlichen Eingangsjahreswerte erheblich übersteigen werden. Daneben sind durch fünf Anklagen der Staatsanwaltschaft Braunschweig im Zusammenhang mit der VW-Abgasaffäre bei den Wirtschaftsstrafkammern des Landgerichts Braunschweig Umfangsverfahren anhängig, mit denen eine außergewöhnliche und erhebliche Belastung der Richter einhergeht.

Des Weiteren stellt die Bearbeitung des Verfahrenskomplexes von etwa 4.270 der sog. Securenta-Verfahren am Landgericht Göttingen ebenfalls eine erhebliche Mehrbelastung dar, die auch im Hinblick auf bereits anhängige Verfahren eine erhebliche Steigerung an Berufungsverfahren bei dem Oberlandesgericht erwarten lässt.

Der demografische Wandel hat Einfluss auch auf das Personalmanagement im Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig. Das wird deutlich bei der Nachwuchsgewinnung in allen Diensten. Die Angebote, Praktikumsplätze in den Gerichten ganzjährig bereit zu stellen und die regelmäßige Präsenz bei einer Vielzahl von Veranstaltungen zur Berufsorientierung in Schulen, Arbeitsagenturen und Ausbildungsmessen reichen nicht mehr aus, um der Konkurrenz mit anderen Arbeitgebern erfolgreich begegnen zu können. Im hiesigen Bezirk wurde damit begonnen, ein modernes und zukunftsorientiertes Personalmarketing einzuführen. Dieses beinhaltet neben den o. g. Veranstaltungen u. a. auch selbst organisierte Berufsinformationsabende sowie die Nutzung der Internetplattform „Ausbildung.de“ und die Einführung einer sog. "Justizassistentin".

Die Verzahnung von Gesundheitsmanagement und Arbeitsschutz erfolgt im Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig sowohl durch die strukturelle Verknüpfung in gemeinsamen Gremien (Referat IV, Arbeitsschutzausschüsse) als auch durch die Umsetzung integrierter Gesundheitsmanagement-Arbeitsschutz-Prozesse (Gefährdungsbeurteilung). Für die bezirksweite Arbeit des Gesundheitsmanagements ist durch Qualifizierung von 19 Gesundheitslotsinnen und -lotsen eine entsprechende Struktur geschaffen worden. Darüber hinaus werden Handlungsfelder wie die Führungskräfteentwicklung und die weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie finanziell begleitet.

Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet zur stärkeren Partizipation von Menschen mit Behinderungen. Dieser Verpflichtung wird der Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig u. a. dadurch gerecht, dass die Möglichkeit der Verlagerung von Haushaltsmitteln aus dem hiesigen Budget in das Kapitel 11 02 zur Umsetzung von KNUE-Maßnahmen in Anspruch genommen wurde. Im Amtsgericht Goslar werden dadurch der Einbau eines Fahrstuhls und einer behindertengerechten Toilette realisiert. Die Baumaßnahme mit einem Kostenvolumen von 516.000 EUR soll 2021 vollendet werden. Die Erneuerung des Eingangsbereichs im Amtsgericht Braunschweig unter Sicherheitsaspekten und Barrierefreiheit mit einem Kostenvolumen von 724.000 EUR wird ebenfalls größtenteils durch die Verlagerung von Budgetmitteln umgesetzt.

Neben der Maßnahme im Amtsgericht Braunschweig wurde eine weitere Mittelverlagerung i. H. v. 80.000 EUR für die Anpassung des Eingangsbereichs an die aktuellen Sicherheitsstandards im Amtsgericht Goslar, Haus II ermöglicht. Ebenfalls unter Sicherheitsaspekten entsteht eine neue Eingangsschleuse im Amtsgericht Wolfsburg. Hier wurden Budgetmittel in Höhe von 441.000 EUR verlagert. Im Rahmen der Baumaßnahme "Unterbringung des Oberlandesgerichts Braunschweig im Bohlweg 38" wurden schließlich 600.000 EUR für die Sanierung der denkmalgeschützten Fenster in das Kapitel 11 02 verlagert.

Für die Bauunterhaltung wurden im Jahr 2020 aus dem Budget 550.000 EUR für die Vornahme dringlichster Maßnahmen verwendet. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch für die nächsten Jahre ab.

Der geplante, aufgrund der räumlichen Enge und des Sanierungsstaus (Hauselektrik und Brandschutz) dringend notwendige Umzug des Oberlandesgerichts in das Gebäude der ehemaligen Bezirksregierung in Braunschweig wird weiterhin kontinuierlich vorangetrieben. Nach derzeitigen Planungen soll der Umzug Anfang 2022 erfolgen.

Als verantwortliche Arbeitgeber sorgen die Gerichte im Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten für eine ergonomisch zeitgemäße Arbeitsplatzausstattung. Im Rahmen der Arbeitsplatzvorschriften wurden im abgelaufenen Haushaltsjahr die Investitionen in elektrisch höhenverstellbaren Schreibtische fortgesetzt und der Bezirk ist dem Ziel einer bedarfsorientierten Vollaussstattung einen großen Schritt nähergekommen.

Der Informationssicherheitsbeauftragte der Nds. Justiz wird seit 2012 im hiesigen Kapitel geführt. Seit 2013 besteht das Zentrale Vollstreckungsgericht Niedersachsen in Goslar. Die für die Digitalisierung von Akten verantwortliche Mikrofilmstelle im Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig ist beim Amtsgericht Braunschweig seit 2001 angesiedelt.

Die Partnerschaften mit der Justiz in Breslau und in Perm werden im richterlichen und im nichtrichterlichen Bereich durch regelmäßige mehrtägige gegenseitige Besuche weiter intensiviert. Mit der Justiz in Breslau kann mittlerweile auf eine über 20-jährige erfolgreiche Partnerschaft zurückgeblickt werden.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungs-	Zielkosten	Gesamt-	Leis-	Zielkosten	Leistungs-	Kosten	Leistungs-	Kosten
	-Stück-	-EUR-	-EUR-	tungs-	-EUR-	-Stück-	-EUR-	-Stück-	-EUR-
	(Soll)	(Soll)	(Soll)	menge	(Soll)	(Ist)	(Ist)	(Soll)	(Soll)
	2023	2023	2023	-Stück-	2021	2020	2020	2020	2020
	2022	2022	2022	(Soll)					
	2021			2021					
Zivilsachen/ Familiensachen	44.600 44.600	692,40 678,00	30.881.000 30.239.000	43.500	738,57	42.779	29.140.456	41.600	27.778.000
Strafsachen/ OWi-Verfahren	60.900 60.900	268,41 262,71	16.346.000 15.999.000	61.300	263,85	59.515	15.687.463	60.100	15.217.000
FGG-Verfahren	155.100 155.100	141,59 138,75	21.961.000 21.520.000	151.000	144,52	149.366	21.253.700	149.000	20.923.000
Zwangs- vollstreckung	66.100 66.100	134,37 131,65	8.882.000 8.702.000	66.400	135,08	61.505	8.580.431	71.400	9.808.000
Zentrales Voll- streckungsgericht	46.900 46.900	5,99 5,86	281.000 275.000	53.300	5,91	46.183	259.765	54.100	273.000
Verwaltung	1 1	16.442.000 16.154.000	16.442.000 16.154.000	1	17.748.000	1	16.051.674	1	15.643.000
			94.793.000 92.889.000						

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten	Eigenerlöse	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt
	-EUR- (Soll) 2023 2022	-EUR- (Soll) 2023 2022	-EUR- (Soll) 2023 2022
Zivilsachen/ Familiensachen	30.881.000 30.239.000		30.881.000 30.239.000
Strafsachen/ OWi-Verfahren	16.346.000 15.999.000		16.346.000 15.999.000
FGG-Verfahren	21.961.000 21.520.000		21.961.000 21.520.000
Zwangsvollstreckung	8.882.000 8.702.000		8.882.000 8.702.000
Zentrales Vollstreckungsgericht	281.000 275.000		281.000 275.000
Verwaltung	16.442.000 16.154.000	120.000 120.000	16.322.000 16.034.000
Sonstige Eigenerlöse			
Produktsumme	94.793.000 92.889.000	120.000 120.000	94.673.000 92.769.000
Haushaltsausgleich	0 0	0 0	0 0
Gesamtsumme	94.793.000 92.889.000	120.000 120.000	94.673.000 92.769.000

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Überleitungsrechnung 2023		Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)				HH-Abgl.		
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7		8	9
+ Verwaltungserträge	16		16									
+ Erträge aus Erstattungen	36		36									
+/- Bestandsveränderungen	0											
+ sonstige betriebliche Erträge	68		68									
<b>= Erträge</b>	<b>120</b>											
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	66.921					71.121						-4.200
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	19.768											19.768
- sonstige Personalaufwendungen	560					392						168
<b>= Personalaufwendungen</b>	<b>-87.249</b>											
- Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	1.300						1.694					-394
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen	2.091						2.091					
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	2.251						2.512					-261
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	704						704					
- Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	176						141	35				
- Abschreibungen	1.022											1.022
<b>= Sachaufwendungen</b>	<b>-7.544</b>											
<b>= Aufwendungen</b>	<b>-94.793</b>											
<b>= Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	<b>-94.673</b>											
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	94.673											94.673
<b>= Ergebnis nach Landeszuschuss</b>	<b>0</b>											
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											
- Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											
<b>= Finanzergebnis</b>	<b>0</b>											
+ außerordentliche Erträge	0											
- außerordentliche Aufwendungen	0											
+/- Haushaltsausgleich	0											
<b>= außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>											
<b>= neutrales Ergebnis</b>	<b>0</b>											
<b>= Gesamtergebnis</b>	<b>94.673</b>											
- Investitionen der Hauptgruppe 5	276						276					
- Investitionen der Hauptgruppe 8	88									88		
<b>= Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>			120	0	0	71.513	7.418	35	0	88	0	
+/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets			62.136			0	3.610	55.850	344	0	0	5.382
<b>= Kapitelsumme</b>		0	62.256	0	0	75.123	63.268	379	0	88	5.382	

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Überleitungsrechnung 2022		Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH-Abgl.
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
+ Verwaltungserträge	16		16									
+ Erträge aus Erstattungen	36		36									
+/- Bestandsveränderungen	0											
+ sonstige betriebliche Erträge	68		68									
<b>= Erträge</b>	<b>120</b>											
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	65.376					69.423						-4.047
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	19.390											19.390
- sonstige Personalaufwendungen	547					392						155
<b>= Personalaufwendungen</b>	<b>-85.313</b>											
- Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	1.300						1.694					-394
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen	2.091						2.091					
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	2.283						2.540					-257
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	704						704					
- Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	176						141	35				
- Abschreibungen	1.022											1.022
<b>= Sachaufwendungen</b>	<b>-7.576</b>											
<b>= Aufwendungen</b>	<b>-92.889</b>											
<b>= Ergebnis nach eigenen Erträgen</b>	<b>-92.769</b>											
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	92.769											92.769
<b>= Ergebnis nach Landeszuschuss</b>	<b>0</b>											
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											
- Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											
<b>= Finanzergebnis</b>	<b>0</b>											
+ außerordentliche Erträge	0											
- außerordentliche Aufwendungen	0											
+/- Haushaltsausgleich	0											
<b>= außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>											
<b>= neutrales Ergebnis</b>	<b>0</b>											
<b>= Gesamtergebnis</b>	<b>92.769</b>											
- Investitionen der Hauptgruppe 5	276						276					
- Investitionen der Hauptgruppe 8	88									88		
<b>= Einnahmen und Ausgaben des Budgets</b>	<b>0</b>	<b>120</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>69.815</b>	<b>7.446</b>	<b>35</b>	<b>0</b>	<b>88</b>	<b>0</b>	
+/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets	0	62.136	0	0	3.610	55.710	344	0	0	5.382		
<b>= Kapitelsumme</b>	<b>0</b>	<b>62.256</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>73.425</b>	<b>63.156</b>	<b>379</b>	<b>0</b>	<b>88</b>	<b>5.382</b>		

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Zu HGr. 4

Beschäftigungsvolumen (in VZE):

Ansatz 2023	Ansatz 2022	Ansatz 2021	Ist 2020	Ansatz 2020
1.203,53	1.203,53	1.218,95	1.171,16	1.222,61

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Kennzahlen	Plan 2022 Plan 2023	Plan 2021	Ist 2020	Plan 2020
<u>Oberlandesgericht Braunschweig</u>				
<u>Zivilprozesssachen-Berufungsverfahren</u>				
- Eingänge	1.200 1.200	1.090	1.759	650
- Erledigungen	1.400 1.400	944	1.913	600
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	10,7 10,7	10,6	13,1	11,2
<u>Familiensachen-Berufungsverfahren</u>				
- Eingänge	420 420	421	366	590
- Erledigungen	415 415	443	420	570
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	4,2 4,2	4,9	4,2	5,5
<u>Strafverfahren-Revisionsinstanz</u>				
- Eingänge	85 85	81	81	75
- Erledigungen	90 90	81	78	80
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	2,0 2,0	1,5	2,2	1,4
<u>Landgerichte Braunschweig + Göttingen</u>				
<u>Zivilprozesssachen erste Instanz</u>				
- Eingänge	8.500 8.500	7.068	9.494	4.500
- Erledigungen	7.450 7.450	7.303	8.053	4.800
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	19,0 19,0	7,2	18,7	9,5
<u>Zivilprozesssachen-Berufungsinstanz</u>				
- Eingänge	470 470	548	449	700
- Erledigungen	510 510	539	559	700
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	8,3 8,3	8,0	9,4	7,5
<u>Strafverfahren erste Instanz</u>				
- Eingänge	210 210	206	185	200
- Erledigungen	195 195	186	173	160
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	9,0 9,0	8,3	9,1	6,5

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1116

Kennzahlen	Plan 2022 Plan 2023	Plan 2021	Ist 2020	Plan 2020
<b>Strafverfahren-Berufungsinstanz</b>				
- Eingänge	545 545	542	559	570
- Erledigungen	550 550	512	535	520
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	4,3 4,3	4,5	4,3	3,9
<b>Amtsgerichte des OLG-Bezirks</b>				
<b>Zivilprozesssachen</b>				
- Eingänge	12.310 12.310	13.086	11.870	14.500
- Erledigungen	12.230 12.230	13.172	11.971	15.300
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	5,0 5,0	4,7	5,2	4,5
<b>Familien­sachen</b>				
- Eingänge	10.600 10.600	10.819	10.536	12.200
- Erledigungen	10.700 10.850	10.821	10.711	12.700
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	5,3 5,3	5,3	5,3	6,3
<b>Strafverfahren</b>				
- Eingänge	8.750 8.750	7.992	8.560	9.000
- Erledigungen	8.500 8.500	7.977	8.434	8.700
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	5,1 5,1	4,8	5,1	4,5
<b>Bußgeldsachen</b>				
- Eingänge	8.350 8.350	6.601	8.395	6.200
- Erledigungen	8.000 8.000	6.599	8.076	6.300
- durchsch. Verfahrensdauer in Monaten	2,6 2,6	2,9	2,8	2,6
Am Jahresende anhängige Betreuungen	26.700 26.700	26.746	26.037	28.000
Nachlasssachen	18.900 18.900	16.482	20.666	21.000
Eigentumsveränderungen im Grundbuch	32.000 32.000	28.906	29.191	27.000
Sonstige Eintragungen und Löschungen im Grundbuch	57.500 57.500	59.120	59.089	59.000
Am Jahresende im Handelsregister eingetragene GmbH's	13.900 13.900	13.834	14.427	14.000
Regelinsolvenzverfahren	850 850	791	619	1.100
Verbraucherinsolvenzverfahren	1.490 1.490	1.770	1.103	2.200
Sonstige Vollstreckungssachen	39.000 39.000	39.275	42.070	37.500

Zu 112 10

Zu den Gerichtskosten gehören auch

- die vom Gericht im Verfahren der Prozesskostenhilfe festgesetzten Beträge;
- übergegangene Ansprüche nach § 1836e BGB;
- gestundete Kosten des Insolvenzverfahrens (§ 4b InsO).



ERLÄUTERUNGEN

**Zu 422 10**

Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Oberlandesgerichte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die EG 8 eingruppiert.

Die ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Landgerichte Braunschweig und Göttingen und die erste Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Amtsgerichts Braunschweig sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die EG 6 eingruppiert.

Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Hausdienstvergütung entsprechend Entgeltgruppe 3 gem. AV d. MJ v. 21.5.2014 – Nds. Rpfl. S. 182 –, geändert durch AV d. MJ v. 20.8.2019 – Nds. Rpfl. S. 340 –.

**Zu 427 10**

Veranschlagt sind u.a. Lehrvergütungen für die gemäß § 15 NJAVO eingerichteten Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzzeit.

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen richtet sich nach den aufgrund des Gem. RdErl. d. MF u. d. übr. Min. v. 24.1.2020 (Nds. MBl. S. 178) zu beachtenden Vorschriften.

**Zu 459 10**

Veranschlagt ist die den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern aufgrund der Niedersächsischen Verordnung über die Vergütung für Beamtinnen und Beamte im Vollstreckungsdienst (Niedersächsische Vollstreckungsvergütungsverordnung – NVVergO) v. 14.12.2017 (Nds. GVBl. S. 462) zu gewährende Vergütung.

**Zu 514 10**

Veranschlagt sind u. a. Dienstkleidungszuschüsse für die Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sowie für die Tarifbeschäftigten im Justizwachtmeisterdienst.

Diese erhalten, soweit sie zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 265 EUR.

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2021	Soll 2021	Für 2022 erforderlich	Für 2023 erforderlich
Pkw	3	3	3	3

**Einzelplan 11 Justizministerium**  
**Kapitel 1116 Ordentliche Gerichte - Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig - budgetiert**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2023 2022 2021 1000 EUR	Ansatz 2023 1000 EUR	Ansatz 2022 1000 EUR	Ansatz 2021 1000 EUR	Ist 2020 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
529 10-6	051	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsidenten des Oberlandesgerichts	—	—	—	—	0
532 11-5	051	Entschädigungen beigeordneter Anwältinnen und Anwälte	—	8.854	8.854	9.531	7.907
532 12-3	051	Zeugenentschädigungen	—	705	705	705	404
532 13-1	051	Sachverständigenentschädigungen	—	14.333	14.333	14.657	11.556
532 14-0	051	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	2.177	2.177	1.863	2.176
532 15-8	051	Bekanntmachungskosten	—	121	121	157	120
532 16-6	051	Sonstige Verfahrensauslagen	—	126	126	87	126
532 17-4	051	Reisekosten des Gerichts	—	30	30	28	29
532 18-2	051	Kosten der Beratungshilfe	—	933	933	1.210	823
532 19-0	051	Entschädigungen aufgrund des Betreuungsgesetzes	—	25.706	25.566	23.978	25.560
532 20-4	051	Vergütungen und Auslagen nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsordnung	—	2.712	2.712	3.091	2.171
532 21-2	051	Vergütung der beigeordneten psychosozialen Prozessbegleiterinnen und Prozessbegleiter	—	153	153	153	11
546 09-4	051	Umsatzsteuer	—	—	—	—	—
547 10-4	051	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	87	87	87	74
698 10-2	051	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen *** Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.	—	35	35	35	5
698 11-0	051	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	344	344	385	308
812 10-0	051	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	88	88	88	523
981 11-4	891	Abführung an 13 21 - 381 11	—	5.382	5.382	5.403	5.402
<b>Abschluss Kapitel 1116</b>							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen				62.256	62.256	60.893	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				—	—	—	
<b>Summe der Einnahmen</b>				62.256	62.256	60.893	
4 Personalausgaben			—	75.123	73.425	72.369	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw. Ausgaben für den Schuldendienst			—	63.268	63.156	62.474	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			—	379	379	420	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			—	88	88	88	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	5.382	5.382	5.403	
<b>Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben</b>			—	144.240	142.430	140.754	
<b>Zuschuss</b>				81.984	80.174	79.861	

ERLÄUTERUNGEN

**Zu 532 14**

Mehr in Anpassung an das Istergebnis 2020.

**Zu 532 16**

Verpflichtungsermächtigung für die Anmietung eines Sitzungssaals für das Landgericht Braunschweig (üpl. 2021).

Belastung durch VE - in 1000 EUR -

der Haushalts- jahre	durch die bis 2020 in Anspruch genommenen VE	durch die 2021 ausgebrachte VE	durch die 2022 / 2023 ausgebrachte VE	Gesamt- belastung
2022	—	315	—	315
2023	—	169	—	169
2024	—	—	—	—
2025	—	—	—	—
2026	—	—	—	—
2027 ff.	—	—	—	—
Summe	—	484	—	484

**Zu 532 18**

Weniger in Anpassung an die Istenwicklung unter Berücksichtigung der prognostizierten Auswirkungen des KostRÄG 2021.

**Zu 532 20**

Zahlungen aufgrund einer Stundung nach § 4a InsO.

Weniger in Anpassung an die Istenwicklung unter Berücksichtigung der prognostizierten Auswirkungen des SanInsFoG.

**Zu 532 21**

Veranschlagt ist die Vergütung der psychosozialen Prozessbegleiterinnen und Prozessbegleiter nach dem Gesetz über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren (PsychPbG).

**Zu 698 11**

Auslagenersatz im Strafverfahren und in gerichtlichen Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (§§ 467 ff. StPO).

**Zu 812 10**

	2023 in 1000 EUR
<b>Ersatzbeschaffungen:</b>	
Austausch der Möblierung in den Sitzungssälen (tlws.) des Amtsgerichts Helmstedt	10
Austausch der Bürobeleuchtung im Amtsgericht Einbeck	6
Austausch der Möblierung in den Sitzungssälen des Amtsgerichts Goslar	15
Austausch von Büromöbeln beim Amtsgericht Wolfsburg	5
Austausch von Bürodeckenlampen beim Amtsgericht Northeim (Fortführung)	9
Ausstattungsgegenstände für den Informationssicherheitsbeauftragten der nds. Justiz	8
Zusammen	53
<b>Ergänzungsbeschaffungen:</b>	
Ergänzung der Dolmetscheranlage beim Landgericht Göttingen	11
Ergonomische Ausstattung von Arbeitsplätzen im Amtsgericht Braunschweig	15
Ergänzung der Innenjalousien im Landgericht Braunschweig	9
Zusammen	35



---

**ERLÄUTERUNGEN**


---

**Noch zu 812 10**

	2022 in 1000 EUR
<b>Ersatzbeschaffungen:</b>	
Austausch der Möblierung in den Sitzungssälen (tlws.) des Amtsgerichts Helmstedt	13
Austausch von Außenjalousien beim Amtsgericht Wolfsburg	10
Austausch von Beschallungsanlagen beim Landgericht Göttingen	20
Austausch von Bürodeckenlampen beim Amtsgericht Northeim	8
Ausstattungsgegenstände für den Informationssicherheitsbeauftragten der nds. Justiz	8
Zusammen	<u>59</u>
<b>Ergänzungsbeschaffungen:</b>	
Ergänzung der Innenjalousien im Landgericht Braunschweig	14
Beschaffung zusätzlicher Büroausstattung für das Amtsgericht Braunschweig	15
Zusammen	<u>29</u>

**Zu 981 11**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.